

zu? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

10 Gerechtere und flexiblere Lehrerarbeitszeit für die weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen umsetzen – ein am „Mindener Modell“ orientiertes Jahresarbeitszeitmodell flächendeckend einführen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/481

Ich eröffne die Beratung und erteile für die FDP-Fraktion Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist an der Zeit, endlich für Lehrer eine umfassende, transparente, gerechte und flexible Regelung der Arbeitszeit einzuführen. Wir brauchen eine Jahresarbeitszeitregelung.

Mit dem sogenannten Mindener Modell liegt ein Modell auf dem Tisch, das von den Schulen vor Ort unterstützt wird. Denn es hat an den unterschiedlichen weiterführenden Schulen den Praxistext bestanden.

(Beifall von der FDP)

Bereits 1999 haben Mummert & Partner die oftmals erheblichen Unterschiede im Arbeitsaufkommen der Lehrer bescheinigt. Das ist inzwischen elf Jahre her. Das Bandbreitenmodell ist gescheitert. Das bisherige System der Entlastungen – das wissen wir alle – ist nicht nachhaltig und sorgt vor Ort für große Unzufriedenheit.

(Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

Meine Damen und Herren, im Jahre 2007 haben FDP und CDU möglichst vielen Schulen die Chance eröffnet, auf der Basis des Mindener Modells zu arbeiten. Unterschiedliche Schulformen erprobten es erfolgreich oder haben den Prozess intensiv begleitet. Die Erfassung aller Tätigkeiten, der Unterrichtszeit und der Systemzeit, die Zuteilung von Zeitfaktoren mit unterschiedlicher Gewichtung führt zu einer fairen Darstellung der geleisteten Tätigkeiten.

Gerade die Lehrer mit hohem Korrekturaufwand und großem schulischen Engagement können entlastet werden. Das Modell trägt zur Unterrichtssicherung in den Mangelfächern bei und kann vielleicht auch mehr junge Menschen dazu motivieren, genau diese Fächer zu studieren. Es führt offensichtlich nicht dazu, dass sich eine große Zahl von Pädagogen ungerecht behandelt fühlt. Das zeigt die kontinuierlich steigende Zustimmung an den Schu-

len vor Ort. Das zeigt die Unterstützung der Lehrer-räte.

Warum machen gegenwärtig nicht mehr Schulen mit? – Gerade diese Thematik ist mit großen Ängsten und Befürchtungen belegt. Für den Modellversuch bestanden hohe bürokratische Hürden; das muss man in der Rückschau kritisch sagen. Hier muss nun der oberste Dienstherr den nächsten Schritt gehen, Frau Ministerin.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ein Lehrerjahresarbeitszeitmodell nützt den Lehrern verbandsübergreifend; das haben wir auf einer eigenen Veranstaltung so zur Kenntnis nehmen dürfen. Leider ist es nun nicht schwer zu erraten, wie die Regierungsfractionen und die Schulministerin wohl gleich reagieren. Die Schulministerin wird gleich vermutlich behaupten, dass an den betroffenen Schulen riesige Stundenüberhänge entstünden, dass unzählige neue Lehrerstellen benötigt würden, und vielleicht präsentiert sie uns sogar eine kleine Horrorzahl zur Veranschaulichung.

Ich sage Ihnen aber sehr deutlich – und das belegen die Erfahrungen –: Das ist falsch. Mit diesen Behauptungen arbeiten interessierte Kreise – auch im Schulministerium – schon länger. Das Modell funktioniert an den Schulen; das wissen wir. Und selbstverständlich gehört es dann auch dazu, dass sich die Schulen überlegen, wo sie Schwerpunkte im nebenunterrichtlichen Bereich setzen. Man kann eben nicht jedes Projekt in einem einzelnen Jahr, sondern etwas auch einmal im nächsten Jahr machen. Das bedeutet dann: Man verfolgt nicht unzählige Projekte ein bisschen, sondern weniger Projekte ausführlich. Dabei gilt: Die Erteilung des Unterrichts muss immer im Zentrum stehen.

Der geringe Unterrichtsausfall zum Beispiel in Minden zeigt, dass es geht. Dieser Verantwortung der Schwerpunktsetzung müssen sich dann natürlich alle Schulleitungen stellen. Und das Ministerium darf nicht jede Woche ein Projekt verkünden, das die Schulen umsetzen sollen.

(Lachen von Sören Link [SPD])

Ich unterstreiche noch einmal: Behauptungen, es würden dafür zu viele Lehrerstellen gebraucht, sind reine Schutzbehauptungen, um ein Lehrerarbeitszeitmodell abzuwürgen.

Meine Damen und Herren, FDP und Union haben in der Vergangenheit ihre Sympathie für das Mindener Modell deutlich gemacht. Die Grünen haben in ihrem Wahlkampfprogramm ein Lehrerjahresarbeitszeitmodell gefordert. In der „Westfalenpost“ hat Frau Schulministerin Löhrmann am 13.08.2010 auf das Mindener Modell hingewiesen und erklärt, dass dort neue Wege beschritten würden. Gleich können uns Frau Löhrmann und Frau Beer beweisen, wie viel die Wahlkampfversprechen der Grünen tatsächlich wert sind.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Zuruf: Ein weiterer grüner Eichtest, bei dem die Grünen scheitern!)

Es ist also Zeit, dass wir die erfolgreichen Erfahrungen des Mindener Modells nutzen und hieran orientiert endlich ein umfassendes Jahresarbeitszeitmodell einführen. Die spezifischen Bedarfe der Grund- und Förderschulen – wir haben es einmal als „Klassenlehrerprinzip“ bezeichnet – müssen hier berücksichtigt werden. Und ich spreche hier ausdrücklich von einer Orientierung am Mindener Modell, Frau Ministerin. Wir verlangen nicht eine 1:1-Übertragung. Dem Ministerium steht es doch offen, mögliche Bedenken und Wünsche einzuarbeiten. Aber Sie müssen endlich auch offen für dieses Modell an sich sein, also für ein Lehrerjahresarbeitszeitmodell, das zu einer gerechteren Arbeitszeitverteilung führt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir bieten Ihnen hier ausdrücklich die Zusammenarbeit an, aber wir beteiligen uns nicht an einer Vogel-Strauß-Politik oder schauen weg oder drücken uns vor Aufgaben, die nun dringend erledigt werden müssen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Link?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich möchte fortfahren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Also keine Zwischenfrage.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): In den Schulen rumort es wirklich, Frau Löhrmann. Setzen Sie bitte nicht wieder einfach eine Kommission ein, die das Problem auf die lange Bank schieben soll. Ich sage Ihnen voraus: Das Ministerium wird sonst bald in einer Flut von Klagen ertrinken. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, bin gespannt auf das, was Sie sagen, und hoffe, dass ich darauf anschließend eingehen kann.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Einsamer Applaus! – Gunhild Böth [LINKE]: Da klatscht noch nicht einmal die CDU!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Solf.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch eine Minderheitsregierung muss regieren. Aber das, meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot und Grün, scheinen Sie noch nicht verstanden zu haben. Es

reicht nicht, die Ministerurkunden zu nehmen und mal eben die Neuverschuldung zu erhöhen, um sich dann auf einige Wohlfühlthemen zurückzuziehen.

Natürlich ist das Regieren ohne eigene Mehrheit schwierig,

(Ralf Witzel [FDP]: Die Linken helfen!)

aber der Alltag geht weiter und die Arbeit muss getan werden, und zwar gerade dort, wo man mit ministeriellen Sprechblasen nicht weiterkommt, gerade dort, wo die Mühen der Ebene bewältigt werden müssen.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Da sprechen Sie aus eigener Erfahrung!)

Ein solches Thema hat die FDP-Fraktion heute zu Recht auf die Tagesordnung setzen lassen: Es geht um die Lehrerarbeitszeit. Damit werden keine Schlagzeilen gemacht, aber es geht um Missstände. Es geht um eine Gerechtigkeitslücke. Und wir müssen weiterkommen, auch wenn diese Landesregierung ganz offensichtlich keine Lust an diesem Thema hat.

Zur Erinnerung: Seit vielen Jahren weiß jeder, der ehrlich ist, dass das derzeit gültige Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer nicht wirklich fair ist. Zwar sind alle Fächer, die unterrichtet werden, wichtig und gibt es keine Lehrerinnen und Lehrer erster und zweiter Klasse, aber jemand, der zum Beispiel Deutsch, Englisch oder Französisch in höheren Klassen unterrichtet, muss in einem erheblichen Maße Zeit investieren, um die umfangreichen Klassenarbeiten sorgfältig und gerecht zu beurteilen. In Fächern, in denen Klassenarbeiten und Prüfungen eine geringere Rolle spielen, fällt diese Arbeit so nicht an. Zwar muss auch hier – wie bei den Korrekturfächern eben auch – vor- und nachbereitet werden und sind Konferenzen und all die anderen Zusammenhangstätigkeiten zu bewältigen, mit denen die Lehrerinnen und Lehrer unserer Tage immer stärker belastet werden, aber der Korrekturaufwand ist und bleibt deutlich geringer.

Es gibt also ein Ungleichgewicht – kein Ungleichgewicht der Wertigkeit, wohl aber ein Ungleichgewicht beim Arbeitsaufwand. Jeder weiß, dass das so ist. Aber man beschäftigt sich ungern mit diesem dornigen Thema. Die Standesvertretungen der Lehrer befürchten Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern. Es hat halt nicht jeder Deutsch und Französisch.

In der Öffentlichkeit wollen all diejenigen nichts davon wissen, die es mit dem Genossen GAZPROM halten und die Lehrerinnen und Lehrer sowieso als „faule Säcke“ sehen. Und im Ministerium wird man nervös, weil natürlich die Gefahr besteht, dass eine sorgfältige Untersuchung der Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern problematische Ergebnisse bringen könnte. Vielleicht bürdet man heute zu

wenigen zu viel auf. Vielleicht muss man neue Stellen schaffen. Da steckt man dann doch lieber den Kopf in den Sand. So, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es aber nicht. Das Problem gibt es, und die Fairness gebietet es, dass wir Lösungen finden.

(Beifall von der FDP)

Dabei kann die Lösung natürlich nicht in einer unterschiedlichen Besoldung liegen. Es gibt nämlich nicht Schulfächer erster und zweiter Wahl. Der Schlüssel liegt – wie könnte es anders sein? – in der Jahresarbeitszeit.

Wir müssen, auch wenn das die Ministerialbürokratie und vielleicht auch den Finanzminister nervös macht, zu Differenzierungen kommen. Das verlangt nicht nur unser Gerechtigkeitsempfinden; das verlangen mittlerweile auch die Gerichte. Ich erinnere an die Rechtsprechung des Bundearbeitsgerichtes von November 2006 und an ein einschlägiges Urteil des OVG Münster vom Februar 2005.

Ich zitiere:

„Der Dienstherr bestimmt somit, welche Anforderungen, insbesondere in zeitlicher, aber letztlich auch in qualitativer Hinsicht an die Vor- und Nachbereitung, Korrekturen, Elternbesprechungen und an den übrigen außerunterrichtlichen Arbeitswand zu stellen sind.“

Das aber hat der Dienstherr bis heute nicht wirklich getan. Und das ist nicht in Ordnung.

CDU und FDP haben sich dieser Problematik bereits im Jahre 2003 erstmals angenommen und wurden von Rot-Grün, die damals noch eine Mehrheit hatten, abgeschmettert. In der Zeit unserer Regierungsverantwortung haben wir uns dann gekümmert, endlich. Mit unserer parlamentarischen Initiative aus dem Jahr 2007 haben wir den Weg für eine Reihe von Modellversuchen – Stichwort „Mindener Modell“ – geöffnet. Im Ministerium waren nicht alle begeistert, aber die Dinge haben sich weiterentwickelt, zwar langsam, aber positiv. Und nun liegen erste Erfahrungen vor.

Es lässt sich auch auf das zurückgreifen, was andernorts zwischenzeitlich ganz gut funktioniert. Hamburg ist hier ein im Wesentlichen positives Beispiel. Ich mache da insofern eine Einschränkung, als man in Hamburg die Einführung eines Jahresarbeitszeitmodells mit einer Erhöhung der Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer kombiniert hat. Das war nicht fair. Das sollten wir nicht tun. Aber an der Struktur des Modells können wir uns schon orientieren.

Die das Mindener Modell praktizierenden Schulen haben uns bewiesen: Dieses Modell ist sofort einsetzbar. Das Ministerium muss es nur wollen. Die zahlreichen Schulen, die eine Parallelrechnung der Arbeitszeit durchführen, bestätigen das uneingeschränkt: Vom Denkansatz her kann es unter den

obwaltenden finanziellen Rahmenbedingungen keinen grundsätzlich anderen Lösungsansatz geben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Michael Solf (CDU): Am Ende meiner Ausführungen gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Am Ende der Ausführungen, gut. Dann wird Herr Link so lange warten.

Michael Solf (CDU): Frau Ministerin, Sie wissen es doch selbst: Es liegen mittlerweile so viele Erkenntnisse vor, dass die Landesregierung im Sinne des vorliegenden Antrages Rechtsgrundlagen für ein Jahresarbeitszeitmodell für Lehrer erarbeiten könnte. Das braucht man nicht auf die lange Bank zu schieben. Im Koalitionsvertrag wird eine Kommission angekündigt – immer nach dem Motto: Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis.

Aber noch nicht einmal das scheint man besonders ernst zu nehmen, denn angeblich will man frühestens 2011 beginnen, sich zu versammeln. Man habe eben im Moment zu viel anderes zu tun: O tempora, o mores!

Sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, all das riecht nach langer Bank, vielleicht sogar nach Schlachtbank für die berechtigten Interessen der Lehrkräfte mit Korrekturfächern. Wenn Sie wirklich Lösungen wollen, dann wissen Sie heute schon genug, um uns zügig ein faires Jahresarbeitszeitmodell zu präsentieren.

Noch einen Rat: Sollte ein fairer Umgang mit den Belastungen in den Korrekturfächern dazu führen, dass zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden müssen, dann empfehle ich Ihnen einen Blick auf Ihren Umgang mit dem Thema Gemeinschaftsschule.

(Beifall von der CDU)

Das ist Ihnen wichtig. Und hier spielt die Ressourcenfrage keine Rolle. Hier wird mit kleinen Klassen gewinkt und mit einer besseren Besoldung. Hier finden sie Geld. Geht es um Ihre ideologischen Spielwiesen, dann ist das kein Problem. Geht es um Gerechtigkeit für Menschen, dann schauen Sie weg. Das ist nicht fair.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist nicht in Ordnung, und – diese persönliche Bemerkung erlauben Sie mir bitte – das ist anders, als Sie früher geredet haben. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Und wer jetzt noch eine Frage stellen will, kann das gerne tun.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen, Herr Kollege. – Herr Kollege Link hat noch eine Frage. Das ist jetzt eine Abschlussfrage, keine Zwischenfrage.

Sören Link (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Kollege Solf, vielen Dank, dass Sie die Abschlussfrage zulassen. Wir haben erstaunlicherweise wieder einmal kein Erkenntnisproblem. Ich glaube, in der Bewertung der Problematik sind wir uns einig. Nur ist es so, dass Sie gerade selber gesagt haben, wann die Aufschläge kamen. Mummert & Partner kamen 1999, Sie haben den Antrag 2003 gestellt. Die Urteile kamen 2005 und 2006.

Wenn ich mir überlege, dass Sie seit 2005 bis in den Mai 2010 hinein regiert haben und letztlich bis auf einen – jetzt etwas despektierlich formuliert – kleinen Modellversuch kein – was die FDP in dem Antrag heute fordert – verbindliches, flächendeckendes, am Mindener Modell orientiertes Jahresarbeitszeitmodell eingeführt haben, dann frage ich doch: Wie kann es sein, dass Sie auf der einen Seite fünf Jahre lang Zeit hatten, das zu tun – wo es ja keine Erkenntnisprobleme gab –, aber auf der anderen Seite erst nach dem Mai entdeckt haben, dass diese Landesregierung die Zeiten offensichtlich nicht nutzt? Wie erklären Sie sich diesen Unterschied?

Michael Solf (CDU): Lieber Kollege Sören Link, wir haben schon manches Mal privat über diese Problematik gesprochen. Ich glaube, privat hätten Sie diese Frage nicht gestellt. Denn Sie wissen genau, wie das gewesen ist. Bis 2005 hat man die Lehrkräfte mit Korrekturfächern nicht ernst nehmen wollen, und man hat sie auch nicht besonders ernst genommen. Dann kam der Regierungswechsel.

Sie wissen, dass einige, zu denen ich sicherlich gehöre, sich sehr um dieses Thema bemüht haben. Dann haben wir – nicht im ersten Jahr –, aber nach zwei Jahren dieses Mindener Modell auf die Reise geschickt. Damals, als dieses Modell eingeführt wurde, haben wir gesagt: Wir wollen nicht irgendeinen Schnellschuss, sondern wir wollen, dass dieses Modell jetzt einmal erprobt wird, und haben ein gewisses Zeitraster dafür gegeben. Und diese Zeit ist jetzt um, und die Schulen, die sich beteiligt haben, sagen uns: Dieses Modell ist gut.

Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu dem wir sagen: Wir freuen uns, dass die Selbstständigkeit von diesen Schulen ernst genommen wird. Ich würde diesen Schulen jetzt folgen. – Danke.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank Herr Kollege Solf. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Weiß.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP hat in der Tat ein wichtiges Thema zum Inhalt: die Lehrerarbeitszeit. Es ist bekannt, dass Lehrerinnen und Lehrer unter der ihnen zugemuteten Fülle von Aufgaben leiden. Sie erbringen trotzdem – in den meisten Fällen jedenfalls – Tag für Tag Leistungen, die den Außenstehenden Respekt abfordern. Das tun sie in der Regel, ohne zu murren, manche von ihnen bis an den Rand der psychischen Erschöpfung. Es ist kein Wunder, dass das Burn-out-Syndrom gerade in diesem Beruf besonders verbreitet ist.

Dazu kommt, dass Lehrerinnen und Lehrer verglichen mit anderen Berufsgruppen echte Allrounder sind. Sie müssen nicht mehr nur Lehrstoff vermitteln, sondern sind in vielen Fällen obendrein auch noch einzig erlebte Moralinstanz bis hin zur Rolle der Ersatzmutter bzw. des Ersatzvaters. Sie sind Lehrende in der Klasse und so ganz nebenbei Verwaltungsfachleute und Bürokraten im Lehrerzimmer bei der Umsetzung der immensen Anzahl von Vorschriften, Erlassen und Gesetzen. Dies geschieht immer unter Einhaltung aller Vorschriften und Regularien, die von oben segensreich – natürlich – auf sie herabgelassen werden. Das alles wissen zumindest diejenigen, die sich mit dieser schwierigen Materie etwas näher beschäftigen.

Das Thema Lehrerarbeitszeit ist wichtig und verdient genaueres Hinsehen. Gerade dieses genaue Hinsehen fehlt in Ihrem Antrag, meine verehrten Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von der SPD)

Der Antrag wird dem Thema in dieser Form nicht gerecht, weil er zu kurz greift; denn das Thema Lehrerarbeitszeit ist viel komplexer und facettenreicher, als es von Ihnen dargeboten wird. Sie nehmen sich aus dem bunten Strauß der Lehrerarbeitszeit eine einzelne Blume heraus. Diese blüht zwar schnell, aber eben nicht dauerhaft und wird dann Mindener Modell genannt. Diese einzelne Blume macht aber keineswegs den gesamten Strauß aus.

Vor- und Nachbereitungsaufwand, Korrekturaufwand, Konferenzen oder auch Beratungsaufgaben sprechen Sie zwar an, das Mindener Modell hat dazu aber eben nicht umfassend befriedigende Antworten geliefert.

Die Frage der unterschiedlichen Bezahlung von verbeamteten und angestellten Lehrern beispielsweise – im Schnitt immerhin 500 € netto im Monat – wird überhaupt nicht thematisiert.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Wenn wir schon über Ungerechtigkeit bei der Lehrersituation reden, dann weiß ich nicht, wo diese offensichtlich wird.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Wir reden über Arbeitszeit!)

Die Frage der real existierenden Beanspruchung unterschiedlicher Fächer wird ebenfalls nicht ausreichend thematisiert. Das dafür von Ihnen vorgeschlagene Mindener Modell bietet auf die beiden von mir nur beispielhaft genannten Komplexe keine ausreichende Antwort. Darüber hinaus darf ich daran erinnern, dass dieses Modell selbst bei den Beteiligten nicht unumstritten war. Die Zustimmung lag im Schnitt bei etwa 75 %. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kaiser?

Rüdiger Weiß (SPD): Nein. – Es zeigt sich, dass dieses Modell der ganzen Komplexität der von mir nur angerissenen Problematik nicht gewachsen ist. Ein Beispiel: Wer legt den Bewertungsfaktor der einzelnen Fächer fest? Das Lehrerkollegium mit seinen Egoisten und Erbhöfen? Der allmächtige Schulleiter, die allmächtige Schulleiterin? Die Lehrerkonferenz, die zufällig 25 sogenannte Hauptfachkolleginnen und -kollegen hat, aber nur zehn Fachkräfte für die Nebenfächer?

(Michael Solf [CDU]: Sie kennen das Modell gar nicht!)

– Doch, doch.

In einer vergleichbaren Schule im Nachbarort kann das Verhältnis völlig anders sein, und man kommt deshalb zu ganz anderen Ergebnissen. Wer beispielsweise, wie es geschehen ist, dem Fach Sport einen relativ niedrigen Faktor zuweist, hat wahrscheinlich noch nie in seinem Leben im Fach Sport vier Stunden nacheinander in einer Sporthalle gestanden.

(Beifall von der SPD)

Es gibt Stressfaktoren der unterschiedlichsten Art, die sich deutlich und erheblich vom Unterricht in einem Klassenzimmer unterscheiden und in anderen Fächern in dieser Intensität gar nicht virulent sind.

Nehmen wir ein anderes Fach – das Messinstrument bleibt weiter ungenau –: Die Lehrerin, der Lehrer, die zum 15. Mal Effi Briest lesen und analysieren lassen, die in ihrem Fundus zu Hause geschätzte 3 m Regalwand an Interpretationen und Analysen haben,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

die Schubladen voll ausgearbeiteter Unterrichtsbausteine ihr Eigen nennen und voll durchgeplante Un-

terrichtsstunden aus dem Köcher ziehen, sollen also genauso bewertet werden wie die ambitionierte Junglehrerin, die sich den Roman eines weitgehend unbekanntes Schriftstellers aussucht, ohne Reclam-Hilfen in den Mittelpunkt zu stellen? Die Liste der Beispiele – ich könnte andere Fächer nennen – ließe sich beliebig fortführen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Meine Güte!)

Auf eine weitere Position Ihres Antrags will ich eingehen: Sie widmen der sogenannten Mangelfachproblematik fast eine ganze Seite.

(Sören Link [SPD]: Zu Recht!)

Quantitativ eine Menge, qualitativ eher dürftig. Sie stellen die Behauptung auf, dass sogenannte Mangelfächer deshalb nicht studiert wurden oder werden, weil – jedenfalls wenn es Korrekturfächer sind – der Studierende genau abschätzt und erkennt, was er sich damit arbeitsmäßig ans Bein bindet. Das soll für einen 20-Jährigen dann Motivation sein, eher ein sogenanntes Nebenfach ohne Korrektur zu studieren? Das, verehrte FDP, ist schlicht und ergreifend nur eine Behauptung, die auch dadurch, dass sie in Ihrem Antrag steht, nicht zu einer Tatsache wird. Es bleibt eine Vermutung und ist deshalb als Beleg und Beweis völlig unbrauchbar.

Es gibt noch eine andere Mangelfachproblematik, die Sie nicht ansprechen, die das Mindener Modell auch nicht löst: An vielen Schulen gibt es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer für Sport, Musik und Religion. Das sind im Übrigen Fächer, die nicht fachfremd unterrichtet werden können und sogar dürfen, was dazu führt, dass sie einfach ausfallen. Genau diese Mangelfachproblematik löst das Mindener Modell nicht.

Noch etwas fällt bei Ihrem Antrag auf, was zur Realität gehört, sehr geehrte Damen und Herren von der FDP – es ist gerade in einem Wortbeitrag schon angekommen –: Sie haben in Regierungsverantwortung fünf Jahre Zeit gehabt, dieses Thema nach vorne zu bringen. Ich frage mich ernsthaft: Was haben Sie die ganze Zeit gemacht, außer einen Modellversuch auf die Reise zu schicken?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie machen sich einen ziemlich schlanken Fuß und blenden Ihre Untätigkeit aus, wenn Sie nun plötzlich die rot-grüne Landesregierung auffordern, endlich tätig zu werden.

Im Übrigen: Eile, Hast und hektische Betriebsamkeit sind überhaupt nicht nötig. Im Koalitionsvertrag – das haben Sie richtig erkannt – steht, dass eine Kommission eingesetzt werden soll, die unter anderem ein neues Lehrerarbeitszeitmodell entwickeln wird.

(Michael Solf [CDU]: Wenn wir das gemacht hätten!)

Das scheint uns der richtige Weg zu sein, und den wollen wir weiter beschreiten.

(Sören Link [SPD]: Sie haben es ja gemacht, Herr Solf!)

Das ist sicherlich weitreichender, als auf ein Modell zu setzen, das sich schon 2007 nicht durchsetzen konnte. Wir sollten im Nachgang alle gemeinsam darauf achten, dass nach Einsetzung des Gremiums auch zeitnah Ergebnisse getätigt werden. Das ist doch wohl völlig klar. Da ist Politik eben nicht außen vor.

Ich stelle noch einmal fest: Ein umstrittenes Modell ist für uns nicht der richtige Weg, das Problem der Lehrerarbeitszeit zu lösen.

Am Ende dieses Tagesordnungspunktes steht die Überweisung des Antrags an den zuständigen Fachausschuss. Die SPD erwartet ihn dort in der Hoffnung, dass Sie, verehrte Damen und Herren von der FDP, zu einem Dialog bereit sind und der Einrichtung einer Kommission nicht mehr so ablehnend gegenüberstehen wie zum heutigen Zeitpunkt. Ich glaube, wir tun gut daran, flexibler als bisher mit dem oben genannten Thema umzugehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute etwas gelernt. Wenn Frau Pieper-von Heiden sagt, es ist an der Zeit, dann heißt das doch übersetzt: Wir haben es in fünf Jahren nicht hingekriegt,

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

aber jetzt soll es die neue Landesregierung einmal schnell von heute auf morgen machen. Das war schon eine interessante Sache.

Ich habe auch gelernt, Herr Solf, dass der Gleichklang zwischen der Fraktion im Landtag und der neuen Spitze der CDU auch noch nicht so gut funktioniert. Die orientieren sich gerade neu. Bei Ihnen habe ich so das Gefühl, Sie haben die Rede von vor fünf Jahren aus der Schublade geholt. Da ist zwischendurch nicht sehr viel passiert, und Sie freuen sich, dass Sie die alten Reden jetzt noch einmal halten können. Ich dachte, die CDU macht sich auf einen neuen Orientierungskurs in Sachen Schulpolitik. Ich würde mich freuen, das dann hier auch zusammengeführt zu erleben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat muss die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern neu betrachtet werden. Ich freue mich auch, dass Frau Pieper-von Heiden eine interessante Bettlektüre hat und sich auch heute noch unser Wahlprogramm immer einmal wieder anschaut. Das ist wirklich prima.

(Zuruf und Lachen von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Aber wir wollen wirklich darauf schauen, dass die Durchschnittswerte sämtlicher Lehrerinnen und Lehrer im Vergleich weit über der Jahresarbeitszeit im öffentlichen Dienst liegen. Das muss wirklich noch einmal gesagt und betont werden. Denn diese Leistung von Lehrerinnen und Lehrern braucht Anerkennung.

Darüber hinaus sind die Lasten sicherlich nicht gleich verteilt. Der erste Blick fällt dabei in der Regel auf die sogenannten Korrekturfachlehrkräfte. Aber das ist nur ein Aspekt.

Es geht doch auch darum, Schulentwicklungszeit einzuberechnen. Es geht um Leitungszeit. Es geht insgesamt um mehr als nur um Unterricht. Wer die Studien und empirischen Belege zur Belastung der Kolleginnen ernst nimmt, der weiß auch, dass es eben nicht nur um die Verteilung von Arbeitszeit geht, sondern ganz zentral um die Frage: Wie organisiere ich Unterricht anders, damit er effektiv ist, aber mich als Lehrer und Lehrerin in der professionellen Ausübung nicht belastet? Da gibt es Hinweise und Modelle, dass auch da ganz anders herangegangen werden muss.

Es geht auch um Teamarbeit und die Entwicklung, weil man sich dort auch Aufgaben teilen kann.

Wenn ich auch unterschiedliche Anforderungen in den Fächern sehe, dann will ich bewusst nicht einen Arbeitsbereich gegen den anderen ausspielen. Der Kollege hat es auch schon gesagt. Dass die Betroffenen wirklich alle gerne mit ihren Kollegen in die Sporthalle gehen wollen und tauschen möchten, um über Stunden in der Lärmkulisse dort zu stehen, wage ich zu bezweifeln.

Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag gesagt: Wir gehen einen Weg über eine Kommission. – Das hat auch einen guten Grund. Das will ich noch einmal betonen. Es geht darum, dass wir miteinander verschiedene Modelle diskutieren und bereden müssen.

Ich will hier deutlich sagen: Die Mindener sollen weitermachen. Die sollen weiter Erfahrungen sammeln. Die werden in keinster Weise eingeschränkt. Das, was wir von dort auch an Rückmeldungen vorliegen haben, ist sehr wertvoll.

Aber, Frau Pieper-von Heiden, das ist doch wirklich unseriös, in Ihrem Antrag zu formulieren, Sie hätten wissenschaftliche Belege und Ergebnisse vorliegen. Es gibt Erfahrungswerte. Da bin ich ganz bei Herrn

Solf. Das ist völlig klar. Aber es gibt auch Differenzen in der Bewertung der Berechnung. Die würde ich gern einmal diskutieren.

Dann gibt es noch ganz andere Modelle in der Landschaft. Dann gibt es das VBE-Modell. Dann gibt es ein Modell der Korrekturfachlehrkräfte. Wie ich gelernt habe, ist das leider auf Facebook unter Verschluss. Die Korrekturfachlehrer haben dort eine Gruppe. Die ist aber nicht öffentlich. Dort wird dieses Punktesystem auch dargestellt. Wir haben uns mit der Schule in Verbindung gesetzt. Das ist sehr interessant, auch da einmal draufzugucken.

Aber so etwas kann man nicht in einer Anhörung erörtern. So etwas kann man nicht in der Diskussion hier im Plenarsaal erörtern. So etwas braucht eine Kommission, in der die Dinge breit nebeneinander gelegt werden, durchgegangen werden und gegeneinander gelegt wird: Was bringt Entlastung? Was bringt ein Arbeitszeitmodell? Wie müssen Dinge gegebenenfalls auch miteinander kombiniert werden?

(Beifall von Sören Link [SPD])

Das braucht die Fachdebatte.

Da kommen wir mit diesem Antrag leider nicht weiter. Denn wo bleiben wir dann stecken? Dann bleiben wir da stecken, dass auf der Seite der „Neuen Westfälischen“ heute noch der interne Entwurf eines Jahresarbeitszeitmodells von Frau Sommer steht. Der hat nie offiziell das Licht der Welt erblickt, weil Frau Sommer nämlich auch den Verbänden versprochen hatte, im Konsens und gemeinsam etwas zu entwickeln. Dieses Papier ist nicht durchsetzbar gewesen. Sie sind mit dem Jahresarbeitszeitmodell gescheitert, das unter der Ägide von Frau Sommer entwickelt worden ist. Das gibt es aber. Googeln Sie einmal unter „Lehrerarbeitszeitmodell NRW“. Dann finden Sie das Papier noch. Dann können Sie sich alle einen Eindruck davon machen.

Deswegen müssen wir anders aufsetzen. Wir müssen im Dialog aufsetzen. Das ist genau das, was im Koalitionsvertrag auch vereinbart worden ist. Das werden wir machen. Zu diesem Dialog laden wir ein. Dann werden die Erfahrungswerte nebeneinander gelegt und gemeinsam bewertet und überprüft. Dann kommen wir endlich auch zu Aussagen, die wir sicherlich gemeinsam treffen können.

Ich geben Ihnen Recht, dass wir dann von der Landesseite aus einen einheitlichen Rahmen brauchen. Das kann dann nicht mehr so sein, dass der eine oder die andere das machen. Ich gebe Ihnen auch recht in den Erfahrungen mit dem Bandbreitenmodell, das eher den Charakter hatte, die Verantwortung in einer Art von Schwarzer-Peter-Spiel auf die Schulen zu verschieben. Das funktioniert nicht.

Deswegen sollten wir uns jetzt dieser breiten Sachdiskussion stellen. Ich hoffe, Sie sind dabei und beobachten das auch und steigen nicht aus wie bei

anderen Prozessen, die man gemeinsam macht. Das wäre ein wertvoller Beitrag. Dann führen wir die Fachdebatte. Dann können wir wirklich gut miteinander umgehen. Dann gibt es ein breit getragenes Modell nach vorne für das Land. Das ist das Ziel, weil Lehrerarbeitszeit in der Tat eine komplexe Angelegenheit ist. Dann können wir alle Dinge mit einbeziehen. Das ist unser Ziel.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Am Pult befindet sich bereits Frau Kollegin Böth. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Danke. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat mich etwas erschüttert, Frau Pieper-von Heiden. Sie redet jetzt nicht mit mir. Das ist aber auch egal.

(Zuruf von der CDU: Sie kann nichts mehr erschüttern!)

– Doch, mich kann etwas erschüttern, und zwar deshalb, weil in diesem Antrag eine Menge Sachen stehen, aufgrund derer ich glaube, Sie haben noch nie die Realität von Lehrerinnen und Lehrern wahrgenommen.

Frau Pieper-von Heiden, würden Sie mir jetzt zuhören? – Danke. Schön, wunderbar.

Wir haben folgendes Problem: Herr Weiß hat vorhin schon vorgetragen, welche Probleme bei der Lehrerarbeitszeit bestehen. Ich will dem noch fünf Punkte hinzufügen.

Seit Gabriele Behler sind die Lehrerarbeitszeiten sukzessive immer weiter gestiegen. Gabriele Behler hat zwei Stunden draufgepackt. Ich kann mich noch genau an die Begründung erinnern. Ich war zu der Zeit im Landesinstitut. Bei ihrem Antrittsbesuch sagte sie: Ich mache es nicht wie die anderen Bundesländer und packe nur eine Stunde drauf. Ich nehme gleich zwei Stunden und gebe den Schulen dann eine Stunde zurück, damit sie im Rahmen von anstehenden Reformen ein Päckchen zur Verfügung haben, mit dem sie operieren können, um diese Reformen umzusetzen. – Diese eine Stunde ist leider auch nie angekommen.

Dafür ist seit Behler und Schwarz-Gelb sukzessive der sogenannte Entlastungstopf der Lehrerinnen und Lehrer immer weiter beschnitten worden. Das ist nicht das, was im Rahmen der Schulleitungsentlastung an den Schulen verteilt wird, sondern das, was Lehrerkollegien untereinander verteilen. Die Idee, dass Lehrerinnen und Lehrer mit vielen Korrekturen stärker belastet sind und Klassenlehrerinnen und -lehrer natürlich andere Aufgaben haben und Mehrarbeit machen, ist so alt wie Schule in Nordrhein-Westfalen. Das Problem ist, dass die Möglichkeit, Lehrerinnen und Lehrer schulintern zu

entlasten, immer weiter gekürzt worden ist. Und wenn sie nichts mehr untereinander verteilen können, steigt die Arbeitszeit für alle.

Das Bandbreitenmodell gibt es heute noch. Warum haben es die allermeisten Schulen nicht umgesetzt? Das ist genau das Gleiche wie beim Mindener Modell. Sie steigern die Arbeitszeit und sagen, das ist ganz einfach: Einigt euch untereinander darüber, wie ihr die Mehrarbeit gerecht unter euch verteilt. – Das ist den Lehrerinnen und Lehrern gegenüber so sarkastisch, dass die allermeisten Schulen gesagt haben, das machen wir nicht. Wir machen kein individuelles „divide“, während die anderen „impera“ machen. Ganz wunderbar!

Das Mindener Arbeitszeitmodell ist vom Prinzip her genau das Gleiche. Durchdenken Sie das einmal. Ein Jahresarbeitszeitmodell funktioniert dort, wo am Anfang des Jahres ganz viel und irgendwann zwischendurch oder am Ende des Jahres ganz wenig zu tun ist. Das funktioniert bei VW auch so. Ich kann aber überhaupt nicht erkennen, an welcher Stelle an einer Schule am Jahresanfang ganz viel zu tun ist und sich plötzlich die Schülerinnen und Schüler auflösen, sodass am Schluss des Jahres nur noch ganz wenig zu tun ist, weil sich der Unterricht verflüchtigt hat. Sie müssen mir einmal im Ausschuss erklären, wie das zustande kommen soll.

Dass dies für einige Berufskollegs anders ist, hat etwas mit der speziellen Struktur von Berufskollegs zu tun. An diesen ist es auch als Erstes diskutiert worden. Es wurde aber auch nicht so diskutiert, dass alle mit fliegenden Fahnen zu diesem Arbeitszeitmodell gekommen sind. Nur ganz wenige haben es erprobt. Diese sind auch nicht wirklich glücklich damit.

All der Kritik an der vorherigen Landesregierung will ich etwas hinzufügen. Sie haben nicht auf die Frage geantwortet, warum Sie eigentlich nichts gemacht haben, wenn es für Sie ein solch dringendes und wesentliches Problem ist.

Lassen Sie mich etwas zur Erhöhung der Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern sagen. Die Umstellung auf G8 war der Hammer, was die Arbeitszeit anging. Das Zentralabitur hat ungefähr alles umgebastelt, was bisher gelaufen ist. Sie haben immer behauptet, jetzt müssten die Lehrerinnen und Lehrer während der Weihnachtsferien nicht mehr die Abituraufgaben erstellen. Schön, das war aber auch das Einzige, was dabei herausgesprungen ist.

Bei der Umstellung auf G8 ist Englisch von der Klasse 7 in die Klasse 6 gekommen. Das war eine enorme Arbeitsbelastung für die Kolleginnen und Kollegen. Ich rede jetzt nicht über Lernstandserhebungen und zentrale Abschlussprüfungen. Ich rede aber zum Beispiel über Englisch ab Klasse 1, flexible Eingangsklassen in den Grundschulen, den Ganztag, die neuen Lehrpläne an Grundschulen und Gymnasien. Ich will nicht noch weiter aufzäh-

len, was alles gekommen ist. All das hat zu einer enormen Arbeitszeiterhöhung der Lehrerinnen und Lehrer geführt.

Ihre Landesregierung und alle Landesregierungen zuvor haben die Lehrerarbeitszeit immer nur in den Stunden gerechnet, die im Unterricht verbracht wird, also in den Unterrichtsverpflichtungen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das ist falsch!)

Damit muss Schluss sein. Ich hoffe sehr, dass Sie im Ausschuss beginnen, eine Debatte darüber zu führen.

Frau Pieter-von Heiden, ich habe jetzt verstanden, dass Sie wahrscheinlich auch dem Stufenplan zu kleinen Klassen zustimmen werden; denn das bedeutet: Je kleiner die Klassen sind, umso geringer sind auch die Korrekturbelastungen. – Ich freue mich darauf.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Frau Böth. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Böth, Sie haben bei der zusätzlichen Arbeitsbelastung die Kopfnoten vergessen. Die GEW hat einmal ausgerechnet, dass diese etwa ein Volumen von 1.000 Lehrerstellen binden. Wir haben vor, sie wieder abzuschaffen. Insofern ist auch das ein kleines Entlastungssignal.

Herr Kollege Solf, ich weiß nicht, welche Vorstellung Sie von meinem Garten habe, wenn Sie denken, ich könnte darin so viele Spielwiesen unterbringen. Ich habe gar keinen eigenen Garten. Es geht auch nicht um Spielwiesen von Frau Löhrmann. Es geht darum, dass wir den Kommunen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen, innovative Schulentwicklung zu betreiben. Auch Ihre Bürgermeister möchten gerne eine solche Schule.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Ich verstehe gar nicht, warum Sie Ihre Bürgermeister und die Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen diffamieren. Sie meinen immer, Sie treffen mich. Sie treffen aber zum Teil Ihre eigenen Leute. Genauso wie andere Kolleginnen und Kollegen verfolge ich die Diskussion, die zurzeit in Ihrer Partei stattfindet. Sie ist hochinteressant. Ich hoffe, dass aus 380 Anträgen vielleicht noch ein paar mehr werden, damit Sie am Ende zu einem Modell kommen, das zu dem anschlussfähig ist, worum es geht, nämlich innova-

tive Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen möglich zu machen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der FDP, mit Ihrem Antrag wollen Sie festgestellt wissen, dass die Erprobungen des Mindener Arbeitszeitmodells erfolgreich verlaufen sind. Aufgrund dieser Annahme fordern Sie nun eine flächendeckende und rechtlich verbindliche Umsetzung an allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen.

Bei aller positiver Würdigung der Schulen, die im Rahmen des Mindener Modells gearbeitet und sich damit auch viel Arbeit gemacht haben, halte ich eine vorschnelle Übertragung in die Fläche von Nordrhein-Westfalen für verfrüht.

Ich will noch einmal die Dimensionen deutlich machen – die Zahlen sind schon genannt worden –: Wir reden von sieben Schulen, die etwas erprobt haben, was noch nicht wissenschaftlich ausgewertet worden ist. Das wollen Sie ohne vernünftige Beratung und Vorüberlegungen auf über 6.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen übertragen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Widerspruch von der CDU)

Das hielte ich für einen Feldversuch, den die Schulen vor Ort ausbaden müssen. Und das wäre unverantwortlich, weil wir uns vorgenommen haben, erst zu überlegen, was wir tun, um es dann in die Fläche zu bringen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Widerspruch und Lachen von der CDU und von der FDP)

– Sehr wohl. Lieber Herr Solf, ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Die Gemeinschaftsschule ist ein Angebot. Sie wird niemandem zwingend von oben übergestülpt, sondern vor Ort entwickelt. Das ist ein großer Unterschied zu Ihrem Vorgehen in den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Es ist schon angesprochen worden: Die Bemessung der Lehrerarbeitszeit erfolgt nach geltender Rechtslage in Form von Pflichtstunden. Sie ist in die allgemeine beamtenrechtliche Arbeitszeitregelung eingebettet. Die Pflichtstundenregelung trägt dem besonderen Umstand Rechnung, dass die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer nur zu einem Teil, nämlich hinsichtlich der eigentlichen Unterrichtsstunden, exakt messbar ist, während die zeitliche Inanspruchnahme durch außerunterrichtliche und allgemeine schulische Aufgaben nur pauschalierend geschätzt werden kann.

In Nordrhein-Westfalen hat die Unternehmensberatung Mummert & Partner 1999 eine im Auftrag der damaligen Landesregierung erstellte Untersuchung zur Ermittlung, Bewertung und Bemessung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Diese hat unter anderem ergeben, dass innerhalb einer Schulform erheblich unterschiedliche Zeitbelastungen feststellbar sind, die allerdings nicht allein aus fachspezifisch divergierenden Aufwänden für Vor- und Nachbereitung bzw. Korrekturen herzuleiten sind, sondern auf einer Vielzahl von Faktoren beruhen, die in ihren Wechselwirkungen nicht exakt kalkulierbar sind.

Ich bin selbst Korrekturfachlehrerin mit Englisch und Deutsch gewesen und habe immer auch Oberstufen- und Abiklassen gehabt. Ich halte aber wie einige der Vorrednerinnen und Vorredner nichts davon, diese Belastung der Lehrerinnen und Lehrer auszuspielen und höher zu gewichten als etwa die Belastung – darauf hat Herr Weiß hingewiesen –, die sechs Stunden Sport in der Turnhalle oder in Klassen hintereinander ausmachen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich finde, wir sollten die Zeit der Lehrerinnen und Lehrer nicht gegeneinander ausspielen. Es ist mir sehr wichtig, das an dieser Stelle zu sagen.

Es geht also um eine ausgesprochen komplexe Problematik, deren Lösung einer intensiven Prüfung und Diskussion bedarf. Herr Kollege Weiß, ich finde, Sie haben sehr ausführlich darauf hingewiesen und weitere plastische Beispiele geschildert.

Aktuell erproben sieben Schulen – ich sage es noch einmal: drei Berufskollegs, eine Realschule und drei Gymnasien – von ehemals insgesamt neun Schulen Variationen des sogenannten Mindener Lehrerarbeitszeitmodells.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

An zwei Berufskollegs ist die Erprobung bereits beendet. An einer Gesamtschule etwa ist das Modell bisher überhaupt nicht erprobt worden. Völlig neu ist im Antrag der FDP die geforderte Einbeziehung der Grund- und Förderschulen in die Überlegungen. Für diese Schulformen – bei den Grundschulen sind es über 3.000 Schulen – gibt es bisher noch keinerlei Ansatz und noch keinerlei Erfahrungen. Aus großen Systemen gewonnene Erfahrungen auf die Grundschulen Nordrhein-Westfalens zu übertragen, hielte ich wirklich für grob fahrlässig, wenn man weiß, wie unterschiedlich gerade kleine Systeme arbeiten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Weder aus den derzeit vorliegenden wenigen Berichten von Schulen, die eine Variation des sogenannten Mindener Lehrerarbeitszeitmodells erproben, noch aus den ergänzenden Erkenntnissen aus

einem ersten Bilanzierungsgespräch kann eine abschließende Bewertung der Arbeitszeitmodelle erfolgen. Allerdings ist bereits jetzt erkennbar, dass die praktische Umsetzung an den Schulen nicht unproblematisch wäre.

Den am Modell teilnehmenden Schulen ist die Genehmigung unter der Maßgabe erteilt worden, bei der Erprobung im Rahmen der gesamten, der Schule zur Verfügung stehenden Arbeitszeit die Erfüllung der unterrichtlichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Aufgaben der Schule sicherzustellen. Mit anderen Worten: Sämtliche an einer Schule anfallenden Aufgaben müssen bei gleicher Qualität in vollem Umfang erfüllt werden. Das Modell muss also stellenneutral sein.

So wie ich es bisher wahrgenommen habe, sind an fast allen Erprobungsschulen erhebliche Überschreitungen des Gesamtjahresarbeitszeitsolls zu beobachten.

(Zuruf von der LINKEN: So ist das!)

Insofern muss in jedem Fall noch geprüft werden, wie das gesetzlich geforderte Kriterium der Stellenneutralität erfüllt werden kann. Die Jahresarbeitszeitmodelle sind zudem mit einem hohen bürokratischen Aufwand für Stundenvertretungsplaner und Schulleitungen verbunden. Auch das muss man einmal sagen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Sie von der FDP fordern, die benötigten Rahmenbedingungen für Beratungsangebote zu schaffen, um die Schule zu unterstützen. Ich bin dagegen der Auffassung, dass die flächendeckende Einführung eines neuen Lehrerarbeitszeitmodells erst dann erfolgen sollte, wenn ein System gefunden worden ist, das sich für die Schule aus sich heraus erklärt.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich halte es nicht für opportun, für die Umsetzung umfangreiche Beratungsstrukturen zu schaffen. Die Landesregierung und die Koalition investieren lieber in die Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Antrag verweisen Sie auf wissenschaftliche Daten, die den Erfolg des Lehrerarbeitszeitmodells belegen sollen. Hier meinen sie wahrscheinlich die Evaluationsstudie zu Erfahrungen und Einschätzungen von Lehrkräften zum Lehrer-Jahresarbeitszeitmodell, die der leider verstorbene Prof. Dr. Rainer Peek verfasst hat. Mit dieser Studie wurden über Lehrerfragebögen und Interviews mit den Lehrerräten schulische Einschätzungen, Wahrnehmungen und Effekte der Veränderung im Hinblick auf Zeitautonomie, Zeitgerechtigkeit und Zeittransparenz untersucht.

Eine umfassende, nicht ausschließlich auf subjektiven Eindrücken fußende Untersuchung hat bisher

nicht stattgefunden. Insbesondere die Frage der schon angesprochenen Auskömmlichkeit bedarf noch der genaueren Untersuchung.

Sie sehen also: Es geht nicht darum, irgendein Thema nicht anzupacken. Das hat auch schon in etlichen Gesprächen, die ich geführt habe, stattgefunden. Aber von allen Beteiligten, mit denen ich spreche – außer denjenigen, die sich für sich eine positive Veränderung versprechen, was auch legitim ist –, hat niemand gesagt, dass das das Erste ist, was wir anpacken sollen. Hier geht Sorgfalt wirklich vor Schnelligkeit. Das haben wir uns zum Prinzip unseres Regierungshandelns gemacht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ach so!)

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung der Regierungskoalition, eine Kommission zur Entwicklung eines gerechten Lehrerarbeitszeitmodells einzurichten, nicht nur sachgerecht, sondern auch zwingend. Ein offiziell autorisiertes Jahresarbeitszeitmodell Nordrhein-Westfalen gibt es im Übrigen nicht.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass sich bisher außer dem Stadtstaat Hamburg kein Bundesland zur Einführung eines mit Faktoren operierenden Lehrerarbeitszeitmodells entschlossen hat, zeigt, dass sich hier Schnellschüsse in jeder Hinsicht verbieten. Natürlich ist das Thema es allemal wert, dass es im Ausschuss intensiver besprochen wird. Ich wünsche mir wirklich, dass das gesamte Haus daran mitwirkt, wenn wir eine Kommission einrichten, damit wir zu möglichst guten, tragfähigen Ergebnissen kommen. Auf diese Beratung freue ich mich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und
von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Solf zu Wort gemeldet.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Frau Ministerin, ich habe mir während Ihrer Ausführungen eben ausgemalt, was Sie wohl sagen würden, wenn die frühere Schulministerin hier wäre und Sie dort. Ich will Ihnen sagen, was Sie dann sagen würden. Sie würden sagen: Frau Ministerin, Sie sind hasenherzig, Sie sind hasenfüßig, Sie schielen nach zwei Lehrerverbänden und lassen deshalb eine Gerechtigkeitslücke zu, weil Sie alles nur unter dem Blickwinkel sehen: Wie kriege ich meine Gemeinschaftsschule durch?

(Beifall von der FDP)

Seit der Veröffentlichung der Untersuchung von Mummert & Partner im Jahre 1999 hat sich der Landtag NRW immer wieder mit der durch und

durch ungerechten Regelung der Lehrerarbeitszeit befasst. Diese ist 150 Jahre alt und entspricht den Erfordernissen unseres heutigen Lehrens und Lernens schon lange nicht mehr. Alle Fraktionen haben in der Vergangenheit immer wieder öffentlich festgestellt, dass das Deputatsmodell ungerecht, unprofessionell und undurchschaubar ist. Am treffendsten hat es Prof. Jürgen Baumert 2003 formuliert: „Schließlich ist eine Reform der Lehrerarbeitszeit überfällig, in der sich die tatsächliche Belastungsstruktur abbildet.“ Und nun liegt es mir daran, endlich wieder Bewegung in diese festgefahrene Angelegenheit zu bringen.

Der uns vorliegende Antrag macht deutlich, dass eine ganze Reihe von Schulleitungen und Kollegien das von allen Mitgliedern dieses Hauses doch immer vertretene Leitbild der selbstständigen Schule ernstgenommen hat, als sie in jahrelanger und eigenständiger Arbeit das Hamburger Modell erheblich verbessert und sozusagen zur Serienreife weiterentwickelt haben. Nicht etwa das MSW hat dazu den Anstoß gegeben, sondern Kollegien und Schulleitungen der Basis. Kann denn dieses Haus, dieses Parlament und die Landesregierung, es sich wirklich leisten, die von diesem Jahresarbeitszeitmodell erreichte hohe Akzeptanz von 80 % – Sie wissen es genau – der beteiligten Schulen einfach unberücksichtigt zu lassen?

(Beifall von der FDP)

Warum leistet denn das MSW nicht Hilfestellung bei der Überwindung von vorhandenen Problemen, wenn es solche noch geben sollte?

Für die Umsetzung des Mindener Jahresarbeitszeitmodells spricht übrigens auch die Wahrscheinlichkeit, dass in absehbarer Zeit Lehrerinnen und Lehrer erneut vor die Gerichte ziehen werden, um gegen die Praxis der sogenannten Entlastungstöpfe zu klagen. Sollten sich auch die Verwaltungsrichter dieses Landes die bisherige Rechtsauffassung des Bundesarbeitsgerichtes zu Eigen machen, dann werden wir vom Land her erheblich in der Defensive sein, dann werden die Richter dem Dienstherrn Auflagen hinsichtlich einer Neuregelung machen. Dies sollte, meine ich, Grund für uns sein, zu einer von allen getragenen Lösung gelangen zu wollen, Frau Ministerin.

Wenn wir uns im Ausschuss von einem auf eine solche Lösung gerichteten Willen leiten lassen, dann wird es auch eine von allen akzeptierte Lösung geben. Aber man muss es halt wollen und darf nicht nur darüber reden. – Danke.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Frau Pieper-von Heiden zu Wort gemeldet.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Löhrmann, es ist schon bemerkenswert, wenn Sie im Zusammenhang mit dem Antrag zur Änderung der Lehrerarbeitszeit bzw. zum Mindener Modell sagen, es sei gar nicht wissenschaftlich evaluiert, und fragen, wie man es in die Fläche bringen könne.

Sie wissen ganz genau, es gibt jahrelange Erfahrungen mit diesem Modell. Die Akzeptanz ist seit 2007, zuletzt im Jahr 2009 – das weiß ich sehr genau, weil die FDP zu dem Zeitpunkt einen Kongress dazu veranstaltet hat –, enorm gestiegen. Es gibt eine ganz hohe Akzeptanz – das haben Sie eingeräumt – mit 75%. Die aktuellen Zahlen belegen sogar 80 %. Und ausgerechnet Sie sprechen von Evaluation, wo Sie ein Gemeinschaftsschulmodell auf den Weg bringen, wo noch nicht einmal die Rahmenbedingungen klar sind.

(Sören Link [SPD]: Welche Rahmenbedingungen sind denn nicht klar?)

Sie schicken Ihre Leute los – die sind unterwegs –, um das vor Ort zu implementieren, soweit es geht. Dieser Vergleich ist wirklich abenteuerlich.

Herr Weiß, Sie zweifeln die Qualität des Antrages an. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Fachleute waren sehr zufrieden damit. Die haben uns, heute wieder, bestätigt: Das ist Klasse. Das ist hundertprozentig. Wir finden das gut. – Das ist seltsam, aber vielleicht kommt das daher, dass sich die SPD damit noch nicht wirklich befasst hat. Ich denke an eine Veranstaltung in Bielefeld zurück, wo alle Fraktionen vertreten waren, zu G8 oder G9, was in OWL niemand will. Das haben wir heute ganz groß und plakativ in der Zeitung gelesen. Die Rückkehr zu G9 will niemand. Damit haben wir uns aber intensiv beschäftigt, weil es Ihr Wahlkampfthema war.

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie ja auch nicht!)

Am Rande dieser Veranstaltung haben die Fachverbände speziell die SPD-Kollegen angesprochen und sich hinterher sehr gewundert, dass über dieses Thema noch nicht so viel durchgedrungen war. – Ich spreche explizit nicht von Ihnen, Herr Link. – Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

Was Tatsache ist und worauf wir uns einigen können, ist, dass es mit der Lehrerarbeitszeit unglaublich im Argen liegt, dass wir einfach einmal anfangen müssen, etwas zu machen.

(Beifall von der FDP)

Wir haben ein hervorragendes Modell, das Mindener Modell. Offenbar steht das MSW ja noch dazu. Zumindest ist es noch im Internet zu finden mit dem Logo des Ministeriums. Und das ist das Mindener Modell. Insofern können Sie nicht sagen, NRW oder das Ministerium habe damit nichts zu tun.

Wenn Sie eine Kommission einrichten wollen, um an die Detailarbeit zu gehen, ganz konkret und mit festem Ziel im Auge, ist das eine völlig andere Sache als das, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben: 2011 eine Kommission einzusetzen in der Hoffnung, dass man da nicht viel weiterkommt. Dann sagt man: Schön, dass wir mal geredet und uns in drei Jahren sechs Mal getroffen haben. – Dann ist, wenn Sie überhaupt das Glück haben, so lange hier zu regieren, die Legislaturperiode auch zu Ende.

Ich bitte Sie wirklich inständig, Frau Ministerin, dieses Thema jetzt seriös anzugehen. Das erwarten die Lehrer in diesem Land von uns. Wir haben auch die Verpflichtung, nachdem das nach Mummert & Partner lange eine Hängepartie war, nun endlich zu reagieren und endlich etwas Handfestes auf den Weg zu bringen. Ein Modell ist da. Es ist in der Praxis evaluiert. Wir haben Ergebnisse. Das ist doch eine wunderbare Grundlage, um darauf aufzubauen und es so weiterzuentwickeln, dass es wirklich in die Fläche getragen werden kann.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Uns können Sie wahrlich nicht den Vorwurf machen, wir hätten uns mit diesem Thema nicht befasst. Wir haben den Versuch ausgeweitet. Wir haben in der Zeit von 2007 bis Ende 2009 sehr viele Erfahrungen hinzugewonnen, wir sehen, dass die Akzeptanz ständig steigt. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam diesen Weg gehen. Das erwarte ich auch: dass Sie als zuständige Ministerin dieses Thema konstruktiv angehen, um das endlich in den Griff zu bekommen. – Danke.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Kollegin Beer für die grüne Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Kollegin Pieper-von Heiden, wir müssten einmal gemeinsam einen Obstkurs mitmachen, damit es aufhört, hier Äpfel und Birnen miteinander zu vergleichen. Das geht nämlich nicht.

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag damals geschrieben: Wir setzen ein Lehrerarbeitszeitmodell um. – Das haben Sie nicht geschafft. Und das aus gutem Grund! Frau Sommer hatte den Verbänden nämlich zugesagt, das im Konsens zu machen, weil sie da sehr sensibel war. Diese Zusage wollen Sie heute übergehen. Das, was Sie machen wollen, ist eine weitere Zwangsmaßnahme über das gesamte Land. Wir dagegen bieten Schulträgern etwas an,

wir bieten Schulen etwas an. Das ist der diametrale Unterschied.

(Beifall von der SPD)

Das ist genau der Punkt: dass Sie Äpfel mit Birnen vergleichen. Das geht so nicht. Mit diesen Zwangsmaßnahmen für Schulen machen wir endgültig Schluss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen gehen wir in den konstruktiven Prozess hinein. Ich fordere Sie noch einmal auf: Seien Sie dann auch dabei, reden Sie dann auch mit und ziehen Sie sich dann nicht heraus wie in vielen anderen Fällen. Wenn es darum geht, gemeinsam etwas zu gestalten, dann sind Sie eingeladen. Da ist der richtige Ort, das gemeinsam mit allen Verbänden und gemeinsam mit den Schulen zu gestalten. Da muss man hier keine Fensterreden halten über Dinge, die Sie nicht geschafft haben und die Sie meinen jetzt übers Knie brechen zu können. Das wird mit uns nicht passieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Hendricks zu Wort gemeldet.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich nicht mehr melden. Aber das flammende Plädoyer von Frau Pieper-von Heiden will ich doch ganz gerne einmal zum Anlass nehmen, um von ihr zu erfahren – eine Zwischenfrage hat sie eben nicht zugelassen –, ob sie tatsächlich bereit ist, auch als FDP an einem tragfähigen Modell mitzuarbeiten.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ja!)

Wenn man sich die Einlassungen zum Mindener Modell anguckt, wird deutlich, dass es ein großes Maß an Kritik an diesem Modell gibt, übrigens insbesondere auch von den Interessenvertretungen der Lehrerinnen und Lehrer. Wenn ich das, was Herr Baumert in der Kommission aufgeschrieben hat, nämlich dass man sich die Belastungskultur der Lehrer sehr genau angucken muss, ernst nehme, muss ich sagen, dass genau dies mit dem Mindener Modell nicht erfüllt wird.

Wenn Sie es ernst meinen, dann kommen Sie doch einfach weg von Ihrer stoischen Sichtweise, dass das Mindener Modell in Ihrer Regierungszeit auf den Weg gebracht worden ist, und lassen Sie sich mit uns auf einen Diskussionsprozess mit den Beteiligten ein, so wie wir unsere Politik angelegt sehen wollen, und hören Sie endlich auf, Ihre Beglückungspolitik sozusagen über dieses Land zu werfen – damit sind Sie ja schon gescheitert – und auch

noch zu versuchen, das auf unsere Koalition zu übertragen. Wir wollen Ihre Beglückung nicht, sind aber durchaus bereit, mit Ihnen fachlich zu diskutieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/481** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

11 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011 (Zensusgesetz 2011 – Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2011 AG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/15

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 15/483

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/535

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Lohn das Wort.

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Öffentlichkeit ist es noch recht ruhig um das Zensusgesetz 2011 und die Volkszählung. Das ist auch gut so. Zurzeit finden zwar schon postalische Vorbefragungen statt, und es werden auch öffentlich Erhebungsbeauftragte gesucht. Aber, ich glaube, im Bewusstsein der Bevölkerung ist noch nicht angekommen, dass ab dem 9. Mai 2011 dieser registergestützte Zensus mit einer stichprobenhaften Erhebung von ungefähr 10 % der Einwohner stattfinden wird.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Vielleicht ist in den Zusammenhang auch einzuordnen, dass eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingegangen ist, die aber mit Datum

vom 21. September nicht zur Entscheidung angenommen wurde.

Für die CDU, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich feststellen, dass wir die Durchführung und die Notwendigkeit des Zensus voll unterstützen. Für künftige Entscheidungen brauchen wir verlässliche Zahlen und Daten zu unserer Bevölkerung. Wir müssen auf Bundes-, Landes- und auch kommunaler Ebene wissen, was morgen wichtig ist. Wie sollten wir sonst zum Beispiel den Bedarf an Kindergärten, Schulen, Wohngebieten, Altenheimen etc. festlegen können? Ich glaube, das ist weitestgehend auch hier im Hause unbestritten.

Sehr geehrte Damen und Herren, man könnte fast meinen, es gäbe überhaupt keine Probleme mit der Volkszählung. Es wäre so einfach, wenn da nicht die Kosten wären. Bundesweit belaufen sich die Kosten für die Volkszählung auf ungefähr 753 Millionen €. Nur zum Vergleich: Die größte Volkszählung findet zurzeit in China statt. Sie betrifft 1,3 Milliarden Menschen und kostet dort sage und schreibe 75 Millionen €.

Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Kosten in der Bundesrepublik Deutschland liegt bei ungefähr 123 Millionen €. Man kann feststellen, dass die deutsche Gründlichkeit anscheinend auch beim Zensus ihren Preis hat.

Die Kernfrage bei den Beratungen drehte sich darum: Welchen Anteil an den Kosten tragen die Kommunen, und wie hoch ist die Erstattung vom Land dafür? – Die kommunalen Spitzenverbände haben berechnet, dass Kosten in Höhe von ungefähr 49 Millionen € auf die Kommunen zukommen. Demgegenüber sah der Gesetzentwurf bisher nur eine Kostenerstattung von 29 Millionen € vor. Es tat sich also eine Erstattungslücke von fast 20 Millionen € auf.

In der Sachverständigenanhörung am 7. Oktober war ein breiter Konsens darüber festzustellen, dass die veranschlagten Kosten wahrscheinlich nicht ausreichen würden. Deshalb fordern die kommunalen Spitzenverbände mit großem Nachdruck eine Ex-post-Betrachtung mit nachträglicher Kostenerstattung an die Kommunen nach tatsächlichem Aufwand.

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ein fairer und sachgerechter Vorschlag der Spitzenverbände, der beiden Seiten, also Kommunen und Land, gerecht wird. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag des Innenausschusses eingebracht. Dieser nimmt genau die Forderungen von SPD und Grünen auf und ergänzt sie um die Einführung einer Ex-post-Betrachtung.

Wir sind der Auffassung, dass nur die nachträgliche Abrechnung und Erstattung der tatsächlich notwendigen Kosten an die Kommunen sicherstellt, dass keine Seite übervorteilt bzw. über den Tisch gezog-